

Stellungnahme der nordrhein-westfälischen Wirtschaft zu dem Profilpapier Realschule in NRW

04. Juni 2009

Die Realschule ist keine Durchgangsschule

Die Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände NRW, die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen und der Westdeutsche Handwerkskammertag begrüßen, dass von Seiten des nordrhein-westfälischen Schulministeriums ein Diskussionspapier und kein endgültiges „Profilpapier“ für die Realschulen veröffentlicht worden ist. Dies zeigt, dass das Ministerium selbst noch Diskussionsbedarf für die vorliegende Fassung sieht. Die nordrhein-westfälische Wirtschaft nimmt Stellung zu dem Entwurf des „Profilpapiers“, da sie sich besonders betroffen fühlt und mit großer Sorge auf die vorgelegte Profilentwicklung sieht.

Im „Papier“ wird der Fokus fast ausschließlich darauf gelegt, möglichst viele Realschüler zum Abitur zu führen. Die Realschule wird als **Durchgangsschule** mit Ausrichtung auf eine weiterführende Schule und auf einen Zugang zur Hochschule gesehen. Nach Auffassung der Wirtschaft ist es völlig falsch, das hauptsächliche Augenmerk darauf zu richten, dass Realschulbildung die Grundlage für eine folgende schulische Ausbildung sein soll. Die derzeitigen **Leistungen** und **Ziele** der Realschule mit Blick auf die duale Ausbildung werden **nicht berücksichtigt** und stehen im Schatten ihrer (angeblichen) Funktion, auf die Oberstufe an Gymnasien bzw. auf Bildungsgänge am Berufskolleg vorzubereiten. Die **Eigenständigkeit** der Realschule mit einem klaren Profil in Abgrenzung zu den anderen Schulformen ist nicht ersichtlich.

Das Papier beginnt mit dem **richtigen Tenor**. Für die Akzeptanz der Schulform Realschule spricht an erster Stelle, dass dem Realschulabschluss eine berufliche **Ausbildung** folgt **oder** die Möglichkeit besteht, für Schülerinnen und Schüler, „bei entsprechenden Qualifikationen ... auch ihre **schulische Laufbahn** ... fortzusetzen“.

In allen anschließenden Ausführungen des Profilpapiers **dominiert** der Gedanke, den **schulischen Anschluss** als erste Wahl und in Zuspitzung, als ausschließliche Perspektive nach der Realschule zu sehen. Dies führt nicht nur zu einer kritischen Äußerung der Wirtschaft, sondern trifft auf **rigorose Ablehnung** der Wirtschaft.

Im Kapitel 2.3.1 „**Anschlussfähigkeit**“ wird nur in einem Satz die duale Ausbildung genannt. Vielmehr wird als Ziel für die Realschule formuliert, „eine Steigerung höherwertiger Abschlüsse durch mehr Information zu erreichen und vermehrt Schülerinnen und Schüler auf ein Fach- oder Hochschulstudium vorzubereiten“. Dieses Ziel soll durch den weiteren **Schulbesuch** umgesetzt werden. In keinem Satz wird erwähnt, dass die Fachhochschulreife **gleichwertig** im dualen System der Berufsausbildung bereits während der Erstausbildung erworben werden kann, dass Berufstätige ohne weitere formale Qualifizierung nach der dualen Berufsausbildung über eine Einstufungsprüfung den Zugang zur Hochschule bekommen und dass beruflich Fortgebildete eine Hochschulzugangsberechtigung automatisch erhalten. **Die Möglichkeit über eine duale Ausbildung zu einem Studium zu gelangen, findet keine Erwähnung.**

Uns bewegt dieses Thema nicht nur, weil Absolventinnen und Absolventen der Realschulen oft passende Bewerberinnen und Bewerber für die immer anspruchsvolleren dualen Ausbildungsberufe sind und die Wirtschaft damit ein direkter „Abnehmer“ dieser Schule ist. Vielmehr beobachten wir mit Sorge, wie vollzeitschulische Bildungsgänge in der Praxis häufig **Warteschleifen** darstellen und die Mehrheit der Absolventen **danach** eine duale Ausbildung absolvieren wollen. Zudem sind die **Einmündungschancen** nach einer Zeit auf dem Berufskolleg oft deutlich schlechter als unmittelbar nach der Realschule. Gerade ehemalige Realschülerinnen und Realschüler haben die Erfahrung gesammelt, dass eine berufliche Karriere auch ohne Hochschulstudium ein guter und machbarer Weg ist.

Die Aufteilung in drei „**Perspektivgruppen**“ auf Seite 10 des Papiers suggeriert eine Unterwertigkeit der dualen Ausbildung. Es ist das mindeste, die Zielgruppen II und III zusammenzufassen, da beide den Anschluss über eine weiterführende Schule finden. Zudem gewinnt man den Eindruck, dass die Orientierung für einen dualen Ausbildungsberuf am Lernort Berufskollegs (nicht klassisch in der Wirtschaft, die die Ausbildung verantwortet) und in den Ferien durch freiwillige Praktika erreicht werden soll. Im Gegensatz dazu findet die Orientierung pro vollzeitschulischer Bildungsgänge an Berufskollegs und pro Gymnasien / Gesamtschule natürlich während des Unterrichts statt und nicht in den Ferien.

Das Profilpapier betrachtet **völlig einseitig** den rein schulischen Weg und will die „Anschlussmöglichkeiten und Übergangsbedingungen für Schülerinnen und Schüler“ durch ein „**Netzwerk** mit benachbarten Berufskollegs, Gymnasien und Gesamtschulen ... verbessern“. Die Unternehmen und Organisationen der Wirtschaft tauchen überhaupt nicht auf, höchstens in der Berufsorientierung, da dies die Schulen (auch im Verbund) wohl nicht leisten können.

Im Kapitel 2.3.2 „Berufswahlvorbereitung“, das wir besser „Berufsorientierung“ nennen würden, fehlt die Erwähnung des „**Rahmenkonzepts Berufsorientierung**“ vom 16. Mai 2007, das im Ausbildungskonsens gemeinsam mit der Landesregierung verabschiedet worden ist und das alle wesentlichen Kooperationen und Veränderungsnotwendigkeiten zur Verbesserung der Berufsorientierung beschreibt.

Im Kapitel 3.3 „Kooperation mit außerschulischen Partnern“ sind **falsche Prioritäten** gesetzt. Jugendverbände und „Offene Türen“ als wichtigste Partner der Realschulen hervorzuheben, erscheint uns nicht besonders glücklich. Sport und Kultur hervorzuheben und die Unternehmen nur auf das Thema Berufsorientierung zu begrenzen, erscheint uns unangemessen.

Der Schluss des Papiers „Die Realschule – Profil zeigen“ findet in seinen Ausführungen ab dem vierten Satz eine klare Ausgrenzung der Wirtschaft. Der **wirtschaftsunfreundliche Grundgedanke**, die Realschule zu einer Durchgangsschule für weiterführende Schulen zu machen, prägt den Schluss des Papiers.

Wir sind über das vorgelegte Papier in tiefer Sorge und erwarten angesichts der Tragweite für die Wirtschaft die Diskussion. Gerne ist die Wirtschaft bereit, an einer Überarbeitung des Entwurfs und konkreten Formulierungen mitzuwirken.

**VEREINIGUNG DER INDUSTRIE-
UND HANDELSKAMMERN
IN NORDRHEIN-WESTFALEN**

Paul Bauwens-Adenauer
Präsident

**LANDESVEREINIGUNG DER
ARBEITGEBERVERBÄNDE
NORDRHEIN-WESTFALEN**

Horst-Werner Maier-Hunke
Präsident

WESTDEUTSCHER HANDWERKSKAMMERTAG

Franz-Josef Knieps
Präsident